

**Eckehard Niemann**

## **Subjektiver, unvollständiger, nicht abgestimmter, diskussions- und klärungs-anregender Bericht zum 3. Bundestreffen des Netzwerks Bauernhöfe statt Agrarfabriken am 25. Juni 2011 in Hannover**

Im September 2011 wird es zwei Jahre her sein, dass wir das bundesweite Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken gegründet haben. Seither ist die Zahl der vernetzten und auch unernetzten Bürgerinitiativen weiter gestiegen - weil auch die Welle der Anträge auf Stallbauten bzw. Schlachthanlagen weiter anhält (wobei Landwirte in vielen Fällen nur als Strohänner für andere Investoren auftreten).

### **Kommentierte Entwicklungen in den Sektoren der Agrarindustrie**

Die Gründe für diese Antragswellen liegen im **Masthühnersektor** im verstärkten Einstieg neuer Schlachtkonzerne in den deutschen Markt (neben Wesjohann, Stolle und Sprehe nun auch Rothkötter und Plukon/Friki im scharfen Verdrängungs-Kampf) und deren Anwerbung neuer Vertragsmäster für alte und neue Schlachthöfe (Wietze, evt. Wandlitz, u.a.). Bei **Puten** ist der Markt bereits mehr als gesättigt, die Schlachtkonzerne verordnen den Mästern bereits Stilllegungs-Perioden für die zumeist fremdfinanzierten Ställe - trotzdem gibt es immer noch Investoren für neue Ställe. Der Markt ist mittlerweile für alle Geflügelmäster ruinös - wegen der Überproduktion und auch wegen der vermutlich dauerhaft gestiegenen Getreide- und Futtermittelpreise. Viele Investoren wollen oder können dies nicht erfahren, weil Geflügellobby und Bauernverband weiterhin positive Marktaussichten verkünden. In den Medien gab es – u.a. nach Enthüllungen von PETA - zahlreiche Berichte über die Qualhaltung von Geflügel, vor allem die Analysen des EED führten zu einer intensiven Berichterstattung zu den Auswirkungen der Geflügelfleisch-Exporte.

Im **Eiersektor** ist nach dem Käfigverbot 2010 (das 2012 wohl auch für die ganze EU gelten wird) der deutsche Selbstversorgungsgrad zunächst gesunken, weil die großen Eierkonzerne das Verbot nicht erwartet hatten und ihre Großställe nur schwerfällig umbauen konnten. Diese Lücke haben viele Bauern durch den Einstieg in die Freilandhaltung genutzt. Jetzt gibt es eine neue Investitionswelle der Eierkonzerne und mittelständischer Investoren in neue Großanlagen für Bodenhaltung, „Freiland“ und „Agrarindustrie-Bio“. Der Zuchtkonzern EW Wesjohann/Lohmann geriet wegen des Tötens von Küken und der Verstümmelung von Zuchthühnern in die Schlagzeilen und damit auch die ganze Tragweite der Qualzucht und der Monopolisierung. Einige weitere Firmen deklarieren die Verwendung von Nicht-Käfigeiern in ihren Verarbeitungsprodukten. Ministerin Aigner betreibt das Verbot des „ausgestalteten Käfigs“ („Kleingruppenhaltung“) – plant allerdings noch mit Übergangsfristen bis 2035.

Im **Schweinesektor** versuchen Konzerne wie Straathof ihre Standorte in Ostdeutschland mit jeweils Zehntausenden von Schweinen auszubauen, in Westdeutschland stocken viele ehemals mittelständische Mäster ihre Ställe auf viele Tausende Schweine auf – angeheizt durch die (perspektivlose) Weltmarkt-Offensive mit systematisch erzeugten Überschüssen der Großschlachtereien (vor allem in Konkurrenz mit Brasilien und den USA nach Russland) und den seit 3 Jahren ruinösen Mastschweine- und Ferkelpreisen zum Trotz. Auch hier führen die anhaltend hohen Futterpreise und die Pachtpreis-Konkurrenz der Biogas-Investoren zu anhaltenden Verlusten. Ein EU-weites Verbot des betäubungslosen Kastrierens der Ferkel ist erst für 2018 vereinbart, wird aber teilweise schon vorher praktiziert. Über die Frage des Termins für das gänzliche Verbot des Kastrierens gab es Debatten auch mit Verbänden, die im Rahmen artgerechter Haltung, anderer Rassen und

verhaltener Mast ein späteres Schlachalter umsetzen. Ab 2012 ist die Gruppenhaltung der Sauen zumindest für einen bestimmten Zeitraum zwischen Säugen und Abferkeltermin EU-weit vorgeschrieben. Die Verbände der Agrarindustrie warnen, dass durch die damit verbundenen Umstellungen und Umbauten ein neuer Konzentrationsschub ausgelöst werde.

Die **Dioxinkrise**, aber auch die vorherige Belastung von „Bio“-Mais, machten die unergündlichen Wege von „Futter“-Komponenten und den Agrarindustrie-Filz ebenso deutlich wie die Notwendigkeit regionaler und betrieblicher Kreisläufe. Auch die Debatte über resistente MRSA-Keime, den Einsatz von Antibiotika und EHEC geht zu Lasten der quälnerischen Massentierhaltung, dies muss durch konkrete Forderungen untermauert werden. All dies befördert, wenn auch weiterhin langsam, verantwortungsvolles Einkaufs- und Ernährungsverhalten. Die Vorbereitungen für ein Tierschutzlabel kommen derzeit in ein konkretes Stadium, bei denen wir vor allem auch mehr Platz und Auslauf verankern sollten. Die Chancen für ein starkes Marktsegment aus artgerechterer Haltung wachsen, auch die (Noch-)Käufer von Fleisch aus Qualhaltung würden nicht ernsthaft protestieren, wenn sich die Preise infolge eines Verbots solchen Fleisches deutlich erhöhen würden.

Der Dioxin-Skandal verstärkte maßgeblich die Mobilisierung zur großen **Demonstration gegen Gentechnik, Agrarfabriken und unfairen Handel** anlässlich der Grünen Woche in Berlin, unter den 22.000 Menschen waren ganz viele und deutlich wahrnehmbare Mitglieder unseres Netzwerks. Die daran anknüpfende Trecker-Sternfahrt zum Bauernfrühstück vor dem Kanzleramt von BDM und junger AbL war ebenso von vielen Organisationen getragen, stieß aber auch auf Vorbehalte einiger Netzwerk-Trägerverbände. Ein wichtiger öffentlicher Ausdruck unseres Netzwerks war die **Anzeige im SPIEGEL**.

Im Bereich der **Milchviehhaltung** ist der Versuch des Bundes Deutscher Milchviehalter und seiner europäischen Partnerorganisationen, durch eine Mengenverknappung (durch Bündelung der Milch in eigener Hand gegenüber den Molkereien in einem Milchboard) kostendeckende Milchpreise auch für mittlere und kleinere Höfe zu erreichen, vorerst gescheitert. Selbst Zusagen zur partiellen Mengenbegrenzung wurden von Bauernverband und Agrarministern gebrochen. Nach dem Auslaufen der Milchquote droht die bevorzugte Vergabe von Milchlieferrechten durch die Molkereien an Milchvieh-Großbetriebe und die verstärkte Abhängigkeit der Milchbauern von den Molkereien. Der Milchpreis ist nach den ruinösen 22 Cent im letzten Jahr mittlerweile wieder auf immerhin 33 Cent gestiegen (was immer noch weit unterhalb der notwendigen 40 Cent liegt). Parallel starten jetzt etliche „Amok-Melker“ durch und bauen ihre Ställe auf mehrere hundert Kühe (und mehr) aus.

Parallel und in Verbindung zu diesen Entwicklungen spitzt sich die Debatte um die Folgen und die **Ausgestaltung der Biogas-Anlagen** zu, insbesondere bei der Nutzung vom Mais oder agrarindustriellem Hühnertrockenkot bzw. bei der Abwärmenutzung für Mastställe. Hinsichtlich der Ausgestaltung der Förder-Bonus-Zahlungen im neuen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bei Größe oder Rohstoff-Basis bzw. bei der Förderung eher bäuerlicher Anlagen (Aigner) oder agrarindustrieller Mega-Anlagen (Röttgen) gibt es eine Auseinandersetzung. Fragen der Entstehung von EHEC oder Botulismus werden debattiert.

## **Widerstand vor Ort**

Gegen die meisten Stallbaupläne entsteht **Widerstand vor Ort**, neben den Schwerpunkten in Niedersachsen, NRW, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt nun auch zunehmend in anderen Bundesländern wie Sachsen, Thüringen, Hessen, Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein (wobei die wichtige Betreuung bei der Gründung in Süddeutschland noch nicht sichergestellt ist). Nicht alle Bürgerinitiativen erfahren rechtzeitig von der Existenz des Netzwerks.

Allein durch die Tatsache, dass allen eventuellen Investoren erheblicher öffentlicher Widerstand droht, sind mit Sicherheit **Hunderte von Stallbau-Anträgen schon im Vorfeld unterblieben**. Ganz wichtig ist es dabei, wenn Gemeinden und Landkreise deutlich ihre Ablehnung solcher Pläne bekunden (zumeist tricksen sich die Kommunalpolitiker um eine Positionierung mit dem absolut unzutreffenden Hinweis auf möglichen „Schadenersatz“ herum) . Unser Bekanntmachen der ruinösen Marktlage tat ein Übriges. Sehr deutlich wird das im Falle des geplanten Zweitschlachthofs des Rothkötter-Konzerns in Wietze, für den 420 neue Vertragsmäster (und für den ersten Bauabschnitt mindestens 100) angeworben werden sollten. Dem Vernehmen nach hat der Konzern erst ca. 20 Mäster anwerben können, weil die allermeisten Landwirte ohnehin die ruinöse Abhängigkeit ablehnen, weil etliche Bauwillige die Konflikte vor Ort scheuen (außer in kleinen Dörfern mit großen persönlichen Abhängigkeiten und wenig Zugezogenen) und weil vor allem Wesjohann seinem Bedränger Rothkötter systematisch die interessierten Mäster vor der Nase weg- und abwirbt.

Das **Entstehen einer Bürgerinitiative vor Ort** steht und fällt damit, dass dort zwei oder mehr entschiedene Gegner wohnen (sehr oft Zugezogene mit berechtigter Sorge um den Wert ihrer Häuser). Wenn nicht, ist es oft erfolgreich, statt einer Bürgerinitiative vor Ort ein ortsübergreifendes bzw. kreisweites Bündnis zu gründen, das in dann mehrere ähnliche Investitionsvorhaben gebündelt angeht und in Veranstaltungen „Wie geht es weiter mit unserer Landwirtschaft im Kreis / in der Samtgemeinde ....“ thematisiert. Gut bewährt haben sich dabei die schriftlichen Tipps für den Widerstand von BUND, ProVieh oder AbL. Wichtig bleibt aber die persönliche Beratung und Unterstützung, auch durch „erfahrene BIs“. Deutlich ist, dass bei ganz vielen Menschen die unmittelbare Betroffenheit (Sinken der Immobilienwerte bis zur Unverkäuflichkeit, Sorge vor Gestank, Keimen, Verkehr und Landschaftsveränderung) ergänzt wird durch die dauerhafte Ablehnung solcher Anlagen aus Gründen des Tierschutzes, der Erhaltung bäuerlicher Strukturen oder der Auswirkungen auf das Klima und die Länder des Südens. Einige Aktive sind bereits zu gefragten Spezialisten in einem bestimmten Themenbereich geworden (Antibiotika, Keime etc.).

Wir haben bereits eine **ganze Reihe von Bauanträgen endgültig oder vorläufig verhindern** können. Zumeist beruhte dies auf der Nutzung von „Nebenaspekten“ oder „Krücken“: fehlende verkehrliche Erschließung, Änderung von Festlegungen der Flächennutzungspläne für die vorgesehenen Bauplätze bzw. damit verbundenen Veränderungssperren, bestehende Landschaftsschutzgebiete, Erstellen eines „Flächen-Entwicklungsplans“, ...). Leider kommt für immer mehr Bürgerinitiativen nach zweijährigem Kampf nun oft die Phase der Entscheidung durch die Genehmigungsbehörden und damit auch die **Genehmigung der betreffenden Anlagen**. Viele haben zunächst einmal einen (evt. kostenpflichtigen) Widerspruch eingelegt oder sogar schon Klage erhoben. **Dies macht nun eine gezielte Auswahl für die Unterstützung von bestimmten BIs und auch Themen für Musterklagen zu einem drängenden und unbedingt anzugehenden Thema! Hierzu gehört auch die Forderung nach Untersuchungen über die Gesundheitsauswirkungen von Ställen auf Anwohner.**

## **Erfolge in Niedersachsen und anderen Ländern**

**Die obigen Erfolge stecken offenbar überregional an.** Im Emsland gelang es, die Finanzierung eines Rechtsanwalts zu sichern, der in der Erörterung zu Hähnchenmastställen die Fragen des Keimschutzes für Anwohner und der Evakuierung der Tiere im Bandfall (gemäß Bauordnung) mit nachhaltigem Erfolg thematisierte. Der Landrat des ohnehin extrem viehdichten Landkreises Emsland, der – unter dem Druck der Kommunen und der Bürger - offenbar schon längere Zeit nach Hebeln zum Stopp der Antragsflut suchte, verhängte einen vorläufigen Baustopp. Die Landkreise Vechta und Oldenburg und auch die Region

Hannover folgten. Der Landkreis Aurich genehmigt gewerbliche Ställe gar nicht mehr. Der Landkreis Cloppenburg verlangt (teure) Filterlagen, der Landkreis Diepholz will Raumordnungsverfahren anstrengen. Andere Kreise und Kommunen verabschiedeten Petitionen gegen die Agrarindustrie. Der Druck, auch des niedersächsischen Landkreistages, auf die niedersächsische Landesregierung zu verallgemeinernden Vorgaben wächst. Innerhalb der Genehmigungsbehörden wird der Spielraum für mutige Dezernenten größer.

Der **Druck der Wähler, der Bürgerinitiativen und der CDU-Politiker vor Ort** veranlasst die CDU/FDP-Landesregierung bereits, nunmehr nicht mehr nur als platter und kurzschlüssiger Erfüllungsgehilfe der Agrarindustrie und des damit verfilzten Bauernverbands zu funktionieren (siehe Privilegierung und Tierschutzplan). Die Absetzung der „Putenministerin“ Grotelüschen war nur Ausdruck dieser Tatsache, dass auch die CDU-Politiker neue Wege gehen müssen, wobei sie allerdings ihre Unterstützung der langfristigeren Interessen der mächtigen Agrar- und Ernährungsindustrie weiter fest im Auge haben. Immerhin wurde beim so genannten „Bauerntag“ des niedersächsischen Bauernverbands („Landvolk“) in Cloppenburg deutlich, dass die Landesregierung vor der Agrarindustrie-Lobby nicht einknickt.

Der **Neue Tierschutzplan Niedersachsens** von Agrarminister Lindemann listet etliche Defizite und Missstände (insbesondere das Kupieren von Schnäbeln und Schwänzen) mit Fristsetzungen auf, allerdings bewusst nicht den fehlenden Platz, Auslauf und Weidegang – er will nicht nur Zeit gewinnen, sondern vor allem nach Managementsystemen suchen, um die genannten Missstände auch in agrarindustriellen Größenordnungen begrenzen zu können. Er unterschätzt dabei vermutlich die Eigendynamik dieser Debatte während des geplanten Zeitraums der Umsetzung des Tierschutzplans bis 2018. Eine stärkere Abstimmung der in die Arbeitsgruppen des Tierschutzplans eingebundenen Trägerverbände wäre dabei nützlich.

Die **niedersächsische SPD**, die sich bis vor kurzem eher auf das Wegschieben möglicher Agrarfabriken in Sonderzonen konzentrierte, reagiert nun – wenn auch noch mit internen Differenzen - auf die Bewegung zur generellen Begrenzung und Abschaffung der Massentierhaltung. Die Positionierung der **niedersächsischen Grünen** und z.T. auch der **nds. Linken** deckt sich derzeit weitgehend mit denen wichtiger Netzwerk-Mitglieder. Dies ist eine günstige Ausgangsposition vor den Kommunalwahlen im Herbst 2011 und für die Landtagswahlen 2013. Dies gilt evt. sogar für die Bundestagswahlen 2013.

In anderen Bundesländern ist es bisher nicht zu einem ähnlichen politischen Umfeld gekommen. Eine Ausnahme macht dabei **NRW seit der rotgrünen Koalition** (evt. als Vorbild für Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz). Dort wird – nach dem Vorbild Bremens und des Saarlandes - nicht nur das Klagerecht für Tierschutzverbände angegangen, sondern es werden deutliche Maßnahmen zur Förderung einer ökologischen und tiergerechten Landwirtschaft, zur Haltung der Schweine auf Stroh und Schritte gegen Agrarfabriken angekündigt (auch in Richtung Bundesrat) – so z.B. der Ausschluss der Investitionsförderung für Ställe oberhalb der Grenzen des Bundesimmissionsschutzgesetzes BImSchG (außer bei Haltung auf Stroh). Der WLVB-Landesverband des Bauernverbands geht zunehmend auf Konfrontation zur Landesregierung, wobei sein Modell einer freiwilligen und unverbindlichen Selbstverpflichtung zur Stallbaubegrenzung innerhalb einer Gemeinde eher Konflikte unter den potentiellen Investoren bringen wird.

## Entwicklungen auf Bundesebene

Auf Bundesebene gibt es derzeit eine Debatte darüber, inwieweit bei der Novellierung des Bundesbaugesetzes zum Ende 2011 die **Privilegierung von Stallbauten** im Außenbereich

der Gemeinden neu geregelt werden soll. Bei einer von NRW im Bundesrat bzw. von den Grünen im Bundestag initiierten Abstimmung zur Abschaffung der „Ausnahmeregelungen“ für gewerbliche Ställe (von Betrieben ohne ausreichend Futterfläche) gemäß § 35.1.4. gab es noch keine Zustimmung der anderen Parteien, von SPD-Politikern wurde in diesem Zusammenhang sogar eine Höchstbestandsgrenze der Tiere pro Stall gefordert (im Falle von flächenstarken Investoren). In diese Richtung gehen auch Äußerungen von Niedersachsens Ministerpräsident McAllister, der in viehdichten Landkreisen eine Höchstgrenze gemäß der Schwelle für Umweltverträglichkeits-Prüfungen gemäß BImSchG befürwortet.

**Höchstbestandsgrenzen für Neubauten gemäß BImSchG** hatte das Netzwerk vor zwei Jahren in seinem Positionspapier gefordert, weil dies die auf absehbare Zeit allein vorhandene Grenzbestimmung im bestehenden Gesetzes- und Bestimmungsraum ist. Dafür nahmen wir die relativ hohen Werte (z.B. 1500 Plätze in der Schweinemast oder 15.000 - 30.000 bei Geflügel) in Kauf - verbunden mit der Aussicht, dass die Durchsetzung unserer Forderungen z.B. zum Tierschutz, zur Haltung auf Stroh, zum Tierschutzlabel und zur Futterflächenbindung mit dazu beitragen würde, den Tieren Auslauf und artgerechtes Verhalten zu sichern – was kleinere (mittelständische, bäuerliche) Dimensionen begünstigt.

Es hat sich gezeigt, dass **solche konkreten Grenzen politisch eminent wichtig** sind, weil sie konkret und fassbar sind und zudem den Landwirten deutlich sagen, ob und wo für sie die Grenze für Neubauten gilt und sie sich hinsichtlich unserer somit klar definierten Forderungen gegen „Massentierhaltung“ bzw. „Agrarfabriken“ einordnen können und nicht einen Kampf gegen die gesamte Branche vermuten müssen. Ernst nehmen sollten wir Vorschläge die vor der Erhöhung der Tierzahl-Schwellen geltenden Zahlen im BImSchG heran zu ziehen. Insgesamt zeigt sich, dass da, wo Bürger sich vor Ort gegen Stallanlagen wehren, diese Ställe oberhalb dieser Grenzen angesiedelt sind.

## Entwicklungen auf EU-Ebene

Bei den Protesten, Volksabstimmungen und Parlamentsinitiativen in den **Niederlanden** „**Megastallen nee**“ werden zum Teil ähnliche, zum Teil deutlich höhere Grenzwerte gefordert, teilweise auch anders definiert über Maximalgrenzen des umbauten Raums. Die Petitionen niederländischer Hochschullehrer und in der Folge auch deutscher Wissenschaftler gegen Massentierhaltung waren eine wichtige Unterstützung. Auch durch eine Vielzahl von Petitionen sowie die Beteiligung an Internet-Foren von EU und Aigners „Charta“ nahmen viele Menschen Einfluss auf die Politik.

**Auf Ebene der EU** gibt es bereits deutliche Aussagen in Gutachten der Lebensmittelbehörde EFSA und in Richtlinien zu Mängeln der Nutztierhaltung, zum Zugang der Schweine zu Stroh und zum Verbot des Kupierens von Schwänzen und Schnäbeln. All dies ist in einigen EU-Ländern bereits umgesetzt, in Deutschland aber wegen des „Ausnahmeparagrafen“ im Tierschutzgesetz nicht. Die EU-Kommission fragte deshalb bereits bei den deutschen Behörden nach. Auch hier wären koordinierte Schritte der europäischen Massentierhaltungs-Gegner wichtig. Die Arbeiten für ein Tierschutzlabel auf EU-Ebene stocken derzeit, ebenso neue Umweltvorgaben zur Stickstoff-Deposition von Stallanlagen oder Vorgaben zum verpflichtenden Einsatz von Filtern als „Stand der Technik“ oder sogar als Vorschrift zum Einsatz der „besten verfügbaren Technik“

Eine kaum zu überschätzende Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Neuregelung der **an Landwirte gezahlten Prämien (Direktzahlungen) im Rahmen der EU-Agrarreform 2013**. Die bisher dafür erforderliche Einhaltung von ca. 20 EU-Gesetzen wird – gegen die Proteste von Bauernverband und Agrarindustrie – durch EU-Kommissar Ciollos über ein „Greening“ mit zusätzlichen Anforderungen aufgestockt werden. Wenn es gelänge, hier

Vorschriften zu einem verstärkten Eiweißfutter-Anbau innerhalb der Fruchtfolgen, zu einem Verbot des Kupierens, zu einer Kappungsgrenze von flächenstarken Großbetrieben, zu einer verstärkten Bindung der Prämien an die Arbeitskraft oder Qualität durchzusetzen, würden viele unserer Ziele im Positionspapier durchgesetzt. Wichtig, dass diese Regelungen EU-weit gelten würden, so dass das Argument von Konkurrenzbedrohung infolge nationaler Alleingänge nichtig würde.

Die **gezielten freiwilligen Umwelt- und Regions-Maßnahmen der „Zweiten EU-Förderungs-Säule“** sollten wir im Sinne unserer Forderungen für die Förderung von artgerechter Haltung, Ökolandbau, regionaler Kreisläufe, handwerklicher Verarbeitung etc. (und umgekehrt zum Ausschluss anderer Investitionsförderungen) beeinflussen. Allerdings ist diese Zweite Säule, bei der die EU-Mitgliedsländer ja einen Eigenanteil zu deren Finanzierung beitragen müssen, derzeit bedroht durch Aussagen der EU in Zusammenhang mit der „Griechenland-Krise“.

Etlichen Bauern ist deutlich geworden, dass die **Forderungen des Netzwerks für die große Zahl der mittelständischen, bäuerlichen Betriebe mit keiner Beeinträchtigung oder Bedrohung** verbunden ist, sondern dass diese ihnen nützen oder nützen können:

- über die verstärkte Akzeptanz einer sozial verträglichen Landwirtschaft in der Gesellschaft und im Dorf,
- durch die Besserstellung einer artgerechten Tierhaltung in mittelständischen, bäuerlichen (durchaus nicht nur „kleinbäuerlichen“) Strukturen.
- durch die Tatsache, dass mit diesen Maßnahmen nicht nur die konkurrierenden und maßgeblich Überschüsse produzierenden Agrarfabriken vom Markt genommen würden und
- durch die Tatsache, dass tiergerechte und flächengebundene Tierhaltung ohne Soja-Importe mit einer Reduzierung der erzeugten Mengen verbunden ist und in der Folge davon mit einer deutlichen Erhöhung der Erzeugerpreise.

Diese Mengenreduzierung könnte mit einem Abbau der ruinösen Überschussproduktion und der geförderten Agrarexporte auf den Welt-„Markt“ einher gehen, so die Bauern hier und weltweit entlasten.

Für die meisten Bauern ist es schwieriger als für andere Bürger im Dorf, sich eindeutig gegen Agrarfabriken und deren Investoren zu stellen. Dies liegt an Bindungen im Dorf ebenso wie an der Orientierung am Bauernverband (bzw. auch an der Angst vor der Bauernverbands-Macht). Es ist aber schon gut, wenn viele oder die meisten Bauern mit den Bürgerinitiativen sympathisieren.

Bei ganz vielen Veranstaltungen zu oder gegen Agrarfabriken konzentriert sich die Debatte auf grundsätzliche Fragen des Konsums, der Welternährung oder der Agrarpolitik. Eine wichtige Hilfe sind hierbei die **Aussagen des UN-Weltagrарberichts** zugunsten bäuerlicher Landwirtschaft und Ernährungssouveränität und gegen Agrarindustrie und Gentechnik.

**Wir sind – trotz mancher aktueller und sicher auch weiterhin zu erwartender Rückschläge - auf einem guten und überraschend erfolgreichen Weg.** Die Konstruktion unseres lockeren Netzwerks eigenständiger Initiativen und Verbände hat sich bei gegenseitiger Information und Unterstützung und bei gemeinsamen Aktionen bewährt und gefestigt. Es haben sich unterschiedliche Formen einer regionalen Zusammenarbeit entwickelt, mehrere Standorte haben mittlerweile eine überregionale Signal- und Symbolwirksamkeit.

Es macht Freude und Zuversicht, mit so vielen aktiven und verantwortungsbewussten Menschen im Rahmen einer neuen gesellschaftlichen Bewegung zusammen zu arbeiten!

**Wer, wenn nicht wir. Wann, wenn nicht jetzt. Wo, wenn nicht hier.**